

Das Demonstrationsrecht ist nicht absolut

Der Jurist Keymer Ávila über die Entwicklungen in Venezuela und die Rolle der Justiz

Per Gerichtsurteil will Venezuelas Präsident Nicolás Maduro die Proteste gegen seine Regierung unterbinden. Herr Ávila, ist Venezuela noch ein Rechtsstaat?

Kein Staat der Welt erfüllt die dafür notwendigen Bedingungen zu 100 Prozent. Venezuela macht eine enorme Krise durch: Die Legitimität der Staatsgewalten ist zerrüttet, die Wirtschaft im freien Fall, die Inflation galoppiert, es mangelt an allem und die Mordrate rangiert mit 70 Morden pro 100 000 Einwohner in der Weltspitze. Das alles treibt die Menschen auf die Straßen. Das friedliche Demonstrieren ist ein in unserer Verfassung garantiertes Grundrecht. In Artikel 68 steht, dass alle »Bürger und Bürgerinnen das Recht haben, friedlich und ohne Waffen zu demonstrieren«. Das Recht auf Demonstration ist nicht absolut. Die Bedingungen sind: friedlich und ohne Waffen. Straßenbarrikaden, Sachbeschädigungen, Plünderungen, der Gebrauch gefährlicher Substanzen sind konkrete Straftaten.

Ist die Justiz noch unabhängig?

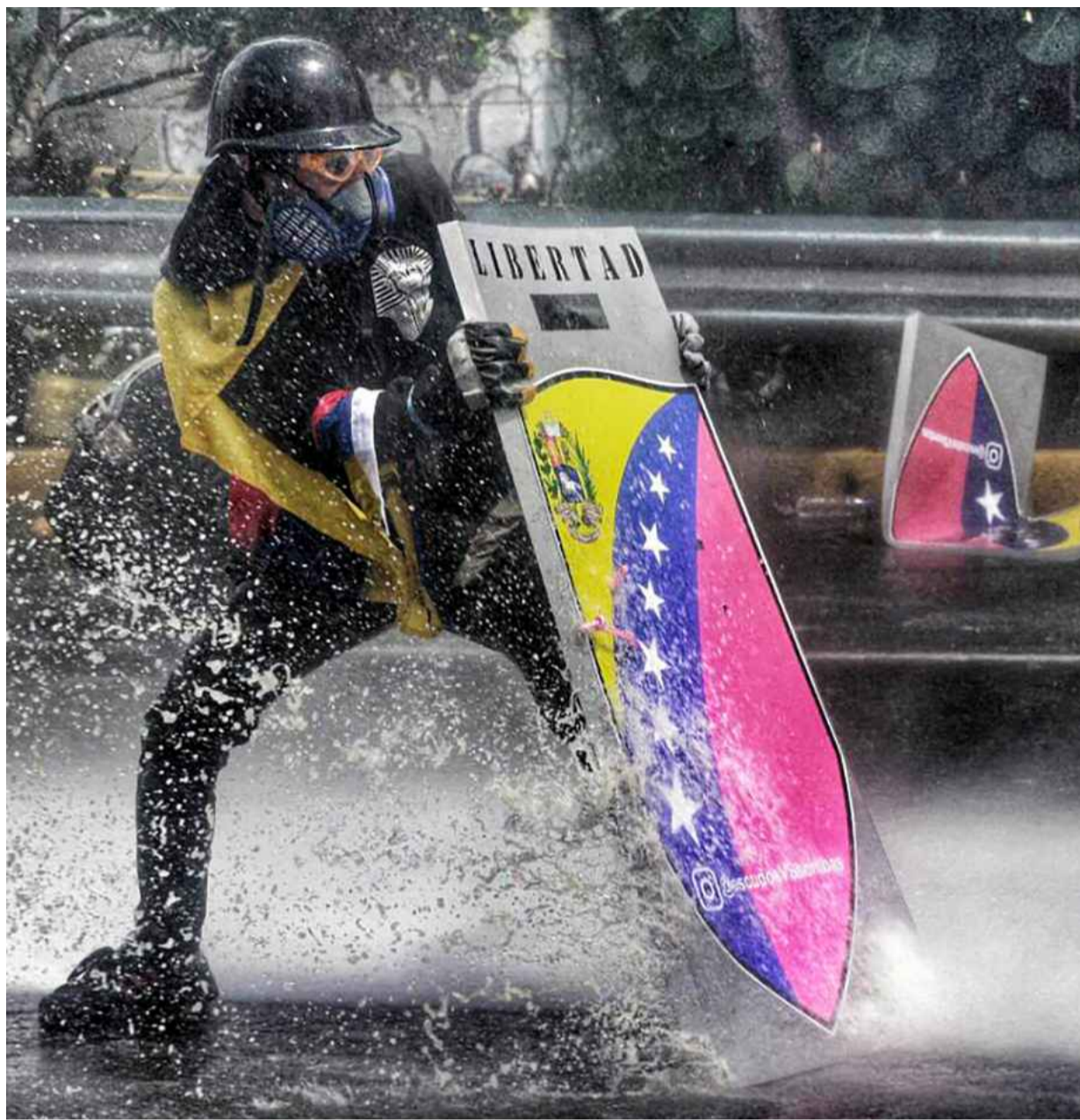
Das venezolanische Justizsystem ist schon sehr lange in der Krise. Bereits 1998 vor Chávez Amtsantritt kam das UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, d. Red.) in einer Studie zu dem Schluss, dass die Bevölkerung der Justiz am wenigsten von den drei Staatsgewalten vertraue und, dass die Korruption ihr größtes Übel sei. Deshalb werden keine Anzeigen erstattet und in den ärmeren Schichten greife man zur Selbstjustiz. Heute muss man sagen, dass sich das alles noch verschlimmert hat. Mit der Entscheidung des Obersten Gerichts, das Parlament zu entmachten, hat sich die Judikative zudem von einem Akteur für Konfliktlösung in einen Verstärker von Konflikten gewandelt. Die vorübergehende Entmachtung des Parlaments durch die Obersten Richter hat die jüngste Protestwelle mit ausgelöst.

Die bisherige Bilanz dieser Protestwelle sieht düster aus, oder?

Ja. Die Zahl der Todesopfer ist inzwischen auf über 50 gestiegen, die meisten von ihnen wurden durch Schusswaffen getötet. Acht Personen wurden mutmaßlich von den staatlichen Sicherheitskräften getötet. Unter den Toten ist aber auch ein Unteroffizier der Nationalgarde. Bisher verlief die Mehrzahl der Demonstrationen jedoch friedlich, nur einige schlugen in Gewalt um. Es ist zu Straftaten gekommen, einschließlich der Angriffe mit Schusswaffen auf die staatlichen Sicherheitskräfte. Auf der anderen Seite gingen die Sicherheitskräfte in einigen Fällen unverhältnismäßig und willkürlich vor. Nach den Angaben der venezolanischen Nichtregierungsorganisationen wurden 2660 Personen festgenommen, von denen 1089 noch immer in Haft sind.

Wie ist die Situation der Verhafteten?

Die Haftbedingungen sind katastrophal. Aber das ist nichts Neues. Neu ist, dass sie heute mehr ins Licht der Öffentlichkeit rücken. Denn bisher



Bei den Demonstrationen in Venezuela halten sich beide Seiten teils nicht an die gesetzlichen Regeln. Foto: imago/ZUMA Press

saßen vor allem Menschen aus den ärmeren Schichten in den Untersuchungsgefängnissen. Jetzt sitzen dort auch Studierende aus der Mittelschicht. Die Haftanstalten waren schon vorher kurz vor dem Kollaps und nun hat sich die Zahl der Inhaftierten sprunghaft erhöht, was die Situation weiter verschlechtert. Das ganze Strafrechtssystem ist überfordert. Das verlangsamt die Verfahren und macht sie umständlicher.

Immer mehr Inhaftierte werden vor Militärgerichte gestellt. Traut die Regierung der zivilen Justiz nicht mehr über den Weg?

Wegen der allgemeinen Legitimations- und Institutionskrise muss die Regierung mehr Druck auf die Zivilgerichte

ausüben. Aber es scheint, dass sie an Einfluss auf das Öffentlichkeitsministerium (Ministerio Público) verliert. Dieses Ministerium hat eine Schlüsselfunktion in unserem Strafrechtssystem. Es tritt als Ankläger auf und hat das Monopol auf die Strafrechtsverfolgung und leitet die entsprechenden Untersuchungen. Die Zahl der vor ein Militärgericht gestellten Zivilisten ist seit dem vergangenen Monat in die Höhe geschossen. Vorher war es die große Ausnahme. Inzwischen sind es 334 Personen. Offensichtlich sind die Staatsanwälte des Ministerio Público nicht mehr dazu bereit, Anklage in den Fällen zu erheben, bei denen gar keine erhoben werden kann. Sie wollen das willkürliche Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte nicht absegnen.



Der venezolanische Rechtsanwalt **Keymer Ávila** lehrt und forscht am Strafrechtswissenschaftlichen Institut der Universidad Central de Venezuela in Caracas. Er ist Mitglied der Lateinamerikanischen Vereinigung für Strafrecht und Kriminalität ALPAC. Über die Rolle der Justiz in der venezolanischen Krise sprach mit ihm für »nd« **Jürgen Vogt**.

Foto: privat

Wer entscheidet, ob jemand vor ein Zivil- oder ein Militärgericht gestellt wird, und ist das legal?

Das ist eine Verletzung der Menschenrechte, allein aufgrund der Tatsache, dass Zivilisten, die keine militärische Straftat begangen haben, vor Militärgerichte kommen und des Verstoßes gegen das Anrecht auf einen zivilen Richter. Solche Prozesse sind zudem verfassungswidrig. Das wurde durch nationale Urteile als auch durch Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs bestätigt. Das Ministerio Público selbst hat dieses Vorgehen öffentlich infrage gestellt. Erst vor wenigen Wochen forderte es ein Gericht im Bundesstaat Zulia auf, 14 Personen, denen Sachbeschädigungen im örtlichen Rathaus und auf einem öffentlichen Platz vorgeworfen werden, der zivilen Gerichtsbarkeit zu unterstellen und nicht der militärischen. Anwälte von Verhafteten haben mir versichert, dass man dafür keinen eindeutig Verantwortlichen benennen könnte. Es hat den Anschein, als dass die Entscheidungen direkt von der Militärspitze getroffen werden.

Das Ministerio Público ist eine autonome Behörde, der seit 2007 Luisa Ortega vorsteht. Welchen Einfluss hat die Generalstaatsanwältin?

Generalstaatsanwältin Luisa Ortega vertritt die verfassungsmäßigen Positionen. Dies wird im Zuge der Krise seit dem Sieg der Opposition bei den Parlamentswahlen Ende 2015 zunehmend sichtbarer. Sie hat mutige Entscheidungen getroffen und das in einem Rahmen, in dem keine Institution ihre eigentlichen Aufgaben mehr wahrnimmt. Sie hat die Militarisierung der Kontrollen der Demonstrationen ebenso abgelehnt wie die willkürlichen Polizeiaktionen. Sie hat sich öffentlich gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ausgesprochen, die Nationalversammlung zu entmachten und gegen die Verfassungsgebende Versammlung. Aber das Ministerio Público verfügt über keine eigenen Sicherheitsorgane und so ist ihr Einfluss eher symbolischer Art.

Wie unterscheidet sich die zivile von der militärischen Gerichtsbarkeit?

Formal betrachtet begehnen Zivilisten eine Straftat, die durch das Strafbuch oder andere Gesetze abgedeckt sind und deren Ausgangspunkt der Schutz der Rechte der Personen ist. Zudem sind bei der zivilen Gerichtsbarkeit alle zivilen und grundgesetzlichen Rechte in Kraft. Bei der militärischen Gerichtsbarkeit sind die Grundrechte zugunsten der Staatssicherheit eingeschränkt. Straftaten militärischer Art werden vom Militärbuch behandelt, dessen Kern auf einer bewaffneten und militärischen Bedrohung der Staatssicherheit beruht. Überdies handelt es sich um Straftaten, die von Militärs im Dienst begangen werden.

Warum greift dann die militärische Gerichtsbarkeit bei Massenprotesten?

Politisch und ideologisch unterliegt sie einer Kriegslöge. Dabei herrscht das militärische Konzept der »Inneren Ordnung«, das zwar im Kriegsfall zum Tragen kommt und bei dem das Hoheitsgebiet vor inneren Feinden geschützt werden muss, die gegen das politische System vorgehen. In diesem Rahmen ist jede Aktion, die das System infrage stellt oder einem Risiko aussetzt als Bedrohung zu betrachten, gegen die konsequent gehandelt werden muss. Mit dieser Logik können Proteste als »Bedrohung« und protestierende Bürger als »Feinde« verstanden werden.

Gibt es einen Ausweg aus der Freund-Feind-Logik?

Wenn die Staatsspitze nicht regiert, machen Polizei, Militärs und kriminelle Banden, was sie wollen. Regieren ist etwas anderes, als sich krampfhaft an der Macht halten. Und gegenwärtig sind alle damit beschäftigt, sich entweder an der Macht zu halten oder sie an sich zu reißen. Die Extremisten der beiden politischen Pole haben uns zwischen dem gesetzwidrigen Aufruf zu einer Verfassunggebenden Versammlung und der verfassungswidrigen Forderung nach allgemeinen Wahlen eingeklemmt. In dieser Gemengelage versinken die Bürger in der Unsicherheit.

NACHRICHTEN

Südkoreas genehmigt Kontakte mit Norden

Seoul. Zum ersten Mal seit mehr als einem Jahr hat Südkorea wieder Kontakte einer privaten einheimischen Hilfsorganisation mit Nordkorea genehmigt. Der Antrag der Organisation Korean Sharing Movement, unter anderem mit Nordkorea über Wege zur Bekämpfung der Malaria in der Grenzregion sprechen zu können, sei gebilligt worden, teilte eine Sprecherin des Vereinigungsministeriums in Seoul am Freitag mit. Dabei geht es unter anderem zunächst um die Verteilung von Moskitonetzen und Mückenschutzmitteln. Der Schritt ist ein Anzeichen dafür, dass Südkorea neue, linksliberale Regierung von Präsident Moon Jae In trotz Spannungen wieder stärker auf Nordkorea zugehen will. *dpa/nd*

Manchester: Festnahme und Freilassung

Manchester. Nach dem Selbstmordanschlag in Manchester hat die Polizei einen weiteren Verdächtigen festgenommen. Der Mann sei am Freitagmorgen im Stadtviertel Moss Side in der nordwestenglischen Stadt festgenommen worden, teilte die Polizei mit. Ein zuvor festgenommener Mann wurde dagegen wieder freilassen. Gegen ihn werden nach Polizeiangaben keine Anschuldigungen mehr erhoben. Damit befinden sich derzeit insgesamt acht Verdächtige in britischem Polizeigewahrsam. *AFP/nd*

Bangladesch entfernt Justitia-Skulptur

Dhaka. Aus Sorge vor einer Eskalation des Konflikts mit islamistischen Gruppen hat Bangladesch die Statue der Justitia aus dem Gebäude des Obersten Gerichtshofs entfernen lassen. Die Skulptur sei abgebaut worden, um eine »unvorhergesehene Situation« zu vermeiden, erklärte Oberstaatsanwalt Mahubey Alam am Freitag. Die Frauenstatue mit Waage und Schwert soll nun in einem nahe gelegenen Museum untergebracht werden. Extremisten hatten lautstark gegen das Symbol der Gerechtigkeit protestiert und den Abbau gefordert. In den Augen der Radikalen ist die Skulptur ein Götzenbild, dessen Ausstellung der Islam verbiete. *dpa/nd*

15 Soldaten bei Taliban-Angriff getötet

Kabul. Bei einem Taliban-Angriff auf einen Armeestützpunkt im südlichen Afghanistan sind nach Behördenangaben mindestens 15 afghanische Soldaten getötet worden. Fünf weitere Soldaten seien verletzt worden, als radikalislamische Kämpfer in der Nacht zu Freitag eine Basis im Bezirk Schah Wali Kot in der Provinz Kandahar attackiert hätten, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums. *AFP/nd*

SPENDENAKTIONEN

Gemüse für die Kinder der Bergbauern in Candelaria und San Cristobal

KarEn will in 10 – 12 Genossenschaften der Bergregionen Candelarias und San Cristobals solarbetriebene Tauchpumpen in vorhandenen Brunnen einsetzen, um je 2–3 ha Ackerland für den Anbau von Gemüse regelmäßig zu bewässern. Damit können die Erträge wesentlich gesteigert werden. Jährlich kann 3 bis 4 mal geerntet und die Kinder der Bergbauern können täglich mit frischem Gemüse versorgt werden. Solartauchpumpen, Schläuche, Sprenger und Tanks kommen zum Einsatz.

Bis Ende April 2017 wurden 101.914 € gespendet, vielen Dank!
Aber noch fehlen 133.086 € für die Realisierung.

**Unsere Bitte an die Freunde Kubas:
spenden Sie für dieses lebensverbessernde Projekt!**



Spendenkonto **KarEn** e.V.
Kennwort: Gemüse für Kinder Kubas
Postbank Berlin, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 78 100 100 100 589 463 104
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben!)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70
E-Mail: karen@karen-berlin.de www.karen-berlin.de

Ernährungssicherheit

„Die Cuba Si-Projekte in der kubanischen Landwirtschaft sind strategische Investitionen für unser Land!“, erklärt Maritza Ramírez vom kubanischen Landwirtschaftsministerium gegenüber Cuba Si. „Durch die enge Zusammenarbeit mit unserem Ministerium ist garantiert, dass Eurer großartiges Engagement mit den Entwicklungszielen unseres Landes abgestimmt ist.“ „Das Jahr 2016“, so Maritza Ramírez, „war zwar das Beste für die kubanische Landwirtschaft seit 1990 – trotzdem deckt die Lebensmittelproduktion noch nicht den Bedarf.“ „Bitte unterstützt Kuba auch weiterhin – und übernimmt allen Spender/-innen von Cuba Si unseren herzlichen Dank für diese nutzbringende Hilfe!“

Bitte spenden Sie auch weiterhin für unser Solidaritätsprojekt „Milch für Kubas Kinder“.

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Si: Berliner Sparkasse, IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BELADEBEXXX, „Milch für Kubas Kinder“



AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

FRAUEN WELTWEIT STÄRKEN



Von Armut und Not besonders betroffen sind Kriegswitwen und kriegsversehrte Frauen in Afghanistan. Dabei sind sie oft auch die Ernährerinnen ihrer Familien. **75 € Unterhalt** im Monat benötigt eine Frau während ihrer Ausbildung in Orthopädietechnik. Mithilfe Ihrer Spende erhält sie die Chance, sich und ihre Kinder durch einen eigenen Lebensunterhalt dauerhaft ernähren zu können. Vielen Dank!

Spenden-Kennwort:
Frauen stärken nd
www.frauen-staerken.sodi.de



Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE33 1002 0500 0001 0201 00
BIC: BFSWDE33BER
Spenden sind steuerlich absetzbar. Bitte Postanschrift angeben.



DIENSTLEISTUNGEN

BÜCHER

BÜCHERANKAUF

Belletristik / Insel / Grafik
Gesamtausgaben / Minibücher
Schallplatten / Noten
Hausbesuche nach Absprache
(auch außerhalb)
ANTIQUARIAT ZEISIG
☎ (030) 427 37 54

VERSCHIEDENES

Erste Hilfe.



Selbsthilfe.

brot-fuer-die-welt.de/
selbsthilfe
Mitglied der actalliance